

## Pressemitteilung

### Jedes dritte M+E-Unternehmen rechnet mit weiterem Personalabbau – Gesamtmetall beteiligt sich am bundesweiten Wirtschaftswarntag

Berlin. Im November 2024 sank die Anzahl der Beschäftigten in der deutschen Metall- und Elektro-Industrie (M+E-Industrie) auf 3,91 Millionen. Das geht aus den aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes zur Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes hervor. Saisonbereinigt nahm die Mitarbeiterzahl in Deutschlands größter Industriebranche zum 10. Mal in Folge gegenüber dem Vormonat ab. Das Vorjahresniveau wurde um 53.200 Beschäftigte bzw. 1,3 Prozent unterschritten.

Die Anzahl von Arbeitslosen mit qualifizierten M+E-Berufen stieg nach Zahlen der Bundesagentur für Arbeit (BA) auch im Dezember 2024 an und liegt mit 157.000 inzwischen um 14 Prozent über dem Vorjahr. Gleichzeitig nimmt auch Kurzarbeit zu: Im September 2024 waren nach vorläufigen BA-Zahlen 159.000 M+E-Beschäftigte in Kurzarbeit. Das waren fast doppelt so viele wie im Vorjahresmonat. Die Personalpläne im ifo-Konjunkturtest sind aufgrund der sehr schwachen Auslastung zudem weiter abwärtsgerichtet: Im Dezember planten 36 Prozent der M+E-Unternehmen einen Personalabbau, nur 7 Prozent eine Erweiterung.

Gesamtmetall-Chefvolkswirt Lars Kroemer: „Deutschland befindet sich in der längsten Wirtschaftskrise seit Gründung der Bundesrepublik. Viele M+E-Unternehmen versuchen trotzdem ihre sehr gut ausgebildeten Fachkräfte zu halten. Allerdings schlagen sich Rezession und Strukturkrise jetzt unweigerlich am Arbeitsmarkt nieder. Es ist für viele Unternehmen schlicht nicht mehr möglich, am Standort Deutschland wettbewerbsfähig zu produzieren. Deshalb werden Arbeitsplätze jetzt eher im Ausland als bei uns geschaffen. Und diese gut bezahlten Arbeitsplätze werden dann auch nicht mehr zurückkommen – mit Folgen für Kaufkraft und Wachstum in unserem Land. Deshalb muss jetzt dringend gegengesteuert werden und die Politik die Rahmenbedingungen für alle Unternehmen deutlich verbessern. Anderenfalls wird sich der Personalabbau zwangsläufig weiter beschleunigen.“

Aus diesem Grund ruft der Arbeitgeberverband Gesamtmetall gemeinsam mit rund 50 Wirtschaftsverbänden und Unternehmerinitiativen zum ersten bundesweiten „Wirtschaftswarntag“ am 29. Januar 2025 auf. Die Wirtschaft fordert von den Parteien die Stärkung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit in den Mittelpunkt des Wahlkampfes zu rücken und eine Wirtschaftswende nach der Bundestagswahl einzuleiten. Geplant ist eine Kundgebung am Brandenburger Tor (13:00 Uhr auf dem Platz des 18. März). Zusätzlich beteiligen sich deutschlandweit regionale Verbände und Unternehmen am Wirtschaftswarntag mit Aktionen vor Ort.

Gesamtmetall-Hauptgeschäftsführer Oliver Zander: „Die Zeit des Selbstbetrugs und des Schönredens ist längst vorbei. Es geht jetzt um nichts weniger als darum, den Standort zu retten.“

Die Kundgebung wird vom „Aktionsbündnis Wirtschaftswarntag“ organisiert, dem sich rund 50 Wirtschaftsverbände angeschlossen haben.

Mehr zum Wirtschaftswarntag unter [www.wirtschaftswarntag.de](http://www.wirtschaftswarntag.de).

Aktuelle Zahlen und Daten zur Metall- und Elektro-Industrie zum Herunterladen unter [www.gesamtmetall.de/zahlen-fakten/konjunkturbericht](http://www.gesamtmetall.de/zahlen-fakten/konjunkturbericht)